

**Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP**  
Zürich, 22. Februar 2007

## **Einstehen für Musliminnen und Muslime in der Schweiz und Schutz der praktischen Religionsfreiheit.**

Gemeinsame Erklärung aller Parteien und der VIOZ

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Die SVP des Kantons Zürich veröffentlichte letzte Woche in mehreren Zeitungen (darunter auch im Tagblatt der Stadt Zürich, dem Tagesanzeiger und der NZZ) ein Inserat, das inhaltlich die Religionsfreiheit der Muslime tangiert und sie dabei so unter einen Generalverdacht stellt. Die Muslime fühlen sich dadurch zurecht bedroht. Die SVP behauptet, dass die schweizerischen Werte und Traditionen durch die «Ausbreitung (was für ein Wort) des Islams» bedroht seien. Weil viele von ihnen angeblich fordern, dass die hiesigen Gesetze und Regeln ihrer Religion angepasst würden. Dieses Inserat setzt die Kampagne fort, welche mit der Forderung nach einem Bauverbot für Minarette lautstark eingeläutet worden ist und diffuse Ängste in der Bevölkerung vor dem Islam politisch instrumentalisiert.

Dazu halten wir fest: Religionsfreiheit ist nur dann eine Freiheit, wenn sie auch praktisch ausgeübt werden kann. Wie die Regeln der verschiedenen Religionen im Alltag nebeneinander Platz finden, ist eine Frage der praktischen Diskussion und der gegenseitigen Rücksichtnahme. Es braucht den interkulturellen und interreligiösen Dialog und nicht ein Beharren auf einseitigen Machtpositionen. Es braucht die Auseinandersetzung miteinander, wie die Muslime als klare Minderheit in einer christlichen Umgebung ihren Glauben ausüben können. Es gibt weder reale Anzeichen noch erst recht kein Begehren von Seiten der offiziellen muslimischen Vertreter, dass die christlichen Traditionen der Schweiz durch islamische Traditionen ersetzt werden sollten. Muslime beanspruchen nichts anderes als die Christen (und damit auch die meisten SVP-PolitikerInnen) in allen Ländern auch für sich einfordern, nämlich das Recht auf Religionsfreiheit. Für diese Freiheit setzen wir uns auch in der Schweiz ein.

---

Es gehört zu den demokratischen Regeln und auch zu einem Wahlkampf, dass man zum Mittel der Zuspitzung und auch der Polemik greift. Davon sind auch Minderheiten nicht ausgenommen. Würde die SVP die Aussagen oder Taten einzelner Muslimvertreter oder Vereine angreifen oder gar anprangern, würden wir uns nicht gemeinsam wehren. Wenn aber die Angehörigen einer ganzen Religion (oder auch einer Rasse) von der SVP als Bedrohung dargestellt werden, dann ist der Punkt erreicht, an dem wir gemeinsam sagen: So nicht. Wir stellen uns auf die Seite der angegriffenen Muslime. Generelle Verdächtigungen aufgrund einer Zugehörigkeit zu einer weltweiten Religion greifen die Grundlagen der Demokratie und des Zusammenlebens an.

Es geht bei diesem Protest nicht um eine weitere Diskussion über die Stilfrage eines SVP-Wahlkampfes. Und um dies klar zu sagen: Die Angriffe gegen die Linken und Grünen im Inserat halten wir zwar für inhaltlich falsch und polemisch, aber sie liegen erstens im Rahmen eines Wahlkampfes und zweitens tangieren sie keine Grundwerte. Die Linken und die Grünen und auch die Netten können sich gegen diese Angriffe wehren, wenn sie wollen. Die Muslime nicht. Wer allein wegen seines Glaubens als Gefahr und als potentieller Gesetzesbrecher dargestellt wird, kann sich dagegen nicht wehren.